

Kriegssteuer-Fragen.

Von parlamentarischer Seite wird uns geschrieben:

Große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus. Deshalb ist verständlich, daß in den Kreisen der Volkswirtschaftler und Politiker die Frage der künftigen deutschen Finanzgebarung zu Erörterungen führt.

Sie fallen von selbst zusammen mit der Kriegszielfrage, ob Deutschland neben Landwerb auch eine Kriegsentfädigung von seinen Gegnern fordern soll, und sie sind durch die negative Feststellung des Abgeordneten Scheidemann hervorgerufen worden, der in vielen Großstädten Deutschlands mit seiner Parole: „Ein jeder trage seine eigene Last“ den Gedanken einer Kriegsentfädigung zurückwies. Fast zugleich haben zwei bürgerliche Politiker auf die Bestrebungen hingewiesen, die sich neuerdings bemerkbar machen. In Stralsund hat der konservative Abgeordnete Freiherr von Malchahn nach dem Bericht der „Stralsunder Zeitung“ darauf hingewiesen, daß die Kriegskosten schon heute etwa 100 Milliarden erreichten, daß wir mit einer jährlichen Belastung von 6 Milliarden rechnen müßten und daß einige Finanztechniker sagen, man wolle nach dem Kriege eine Vermögenskonfiskation von etwa 30 vom Hundert eintreten lassen, um damit die Kriegskosten zu decken.

Auf ähnliche Bestrebungen hat der Abgeordnete Dr. Stresemann in einer Rede in Hannover hingewiesen. Beide Politiker haben nicht eine solche Vermögenskonfiskation angeregt oder gutgeheißen, vielmehr große volkswirtschaftliche Bedenken dagegen geltend gemacht. Die Öffentlichkeit hat die Betonung dieses Gedankens vielfach als eine unzeitgemäße Beunruhigung zurückgewiesen. Das scheint uns Vogel-Strahl-Politik zu sein. Man muß den Dingen ins Gesicht sehen, und wir verstehen nicht, weshalb angesichts der Agitation eines sozialdemokratischen Führers, der leichtsin auf eine Kriegsentfädigung verzichten will, andere Politiker nicht das Recht haben sollten, auf die Konsequenzen einer solchen Politik aufmerksam zu machen.

Ähnlich sind Anregungen auf eine Vermögensabgabe vielleicht an die maßgebenden Kreise gekommen, aber sie haben sich dort nicht zu irgendwelchen ernsthaften Vorschlägen verdichtet. Wir glauben deshalb auch nicht, daß die „Fränkische Tagespost“ in Nürnberg recht berichtet ist, wenn sie an das Bestehen eines solchen Planes glaubt. Zuerst hat man wie das genannte Blatt schreibt, es in den eingeweihten Kreisen in Berlin getuschelt, dann ging es im Reichstag von Mund zu Mund, und einer der einflussreichsten Parteiführer habe im Reichstag auf das lebhafteste für den Plan agitiert. Man habe für ihn angeführt, daß eine große Sorge besser zu tragen ist, als auch für unsere Kinder nicht endende Sorgen, daß Deutschlands freie Entwicklung durch die rasche Amortisierung der Kriegsschuld ermöglicht, durch eine lange Fortdauer überaus hoher Steuern auf lange Jahrzehnte hinaus gehemmt sein würde, daß in der patriotischen Stimmung des Krieges leichter ein außerordentlich großes Opfer geheißen werden könnte, als daß, wenn die nationale Welle längst geübt haben wird, ununterbrochen durch hohe Steuern an die Zeiten des Krieges erinnert werde.

Das genannte bayerische Blatt verwechselt unseres Erachtens mit diesen Darlegungen Anregungen und Wünsche aus volkswirtschaftlichen Kreisen mit solchen amtlicher Stellen. Daß der Gedanke einer Vermögensabgabe in volkswirtschaftlichen Kreisen erörtert wird, ist bekannt. Georg Bernhardt hat dies in der letzten Nummer des „Futur“ getan und ist dabei zu einem abschließenden Ergebnis gekommen. Professor Lujó Brentano ist für den Gedanken einer Vermögensabgabe eingetreten. Ein Praktiker wie Dr. Walter Rathenau, der Präsident der A. V. G., hat sich in einem Vortrag für die Vermögensabgabe erklärt und uns einzelne gehende Vorschläge für die Zahlung einer solchen Vermögensabgabe mit Hypothekeneintragungen seitens des Staates gemacht. Ebenso ist bekannt, daß führende Persönlichkeiten der rheinisch-westfälischen Großindustrie, die sämtlich auf dem Boden der Erringung einer Kriegsentfädigung stehen, sich theoretisch ebenfalls für den Gedanken einer einmaligen Vermögensabgabe an Stelle einer fortlaufenden hohen Steuer ausgesprochen haben. Mit Entschiedenheit wendet sich demgegenüber Herr Geheimrat Dr. Friedberg, der insbesondere gegen den Vorschlag des Herrn Dr. Walter Rathenau polemisiert, gegen diesen Gedanken und weist darauf hin, daß dem Reiche in der Warenumsatzsteuer ein Mittel zur Verfügung stände, um große Beiträge zu erheben.

Man mag bezweifeln, ob es richtig ist, heute ehe der Krieg zu Ende gegangen ist, Steuerpläne im einzelnen zu erörtern. Gegen die Vermögensabgabe, die von der führenden Großindustrie vielleicht am ehesten gebracht werden könnte, spricht jedenfalls der eine Gedanke, daß sie den volkswirtschaftlichen Mittelstand und das ersparte und erarbeitete Vermögen zu schwer treffen würde, auch wenn man sich natürlich vorstellen muß, daß eine solche Abgabe nicht auf einmal geleistet, sondern auf den Zeitpunkt von etwa 20 Jahren verteilt werden würde oder etwa überhaupt in der Form einer fortlaufenden Erhebung des Wehrbeitrages eingebracht werden würde. Jedenfalls zeigen aber diese Fragen auf das deutlichste, wie notwendig es ist, unter den Kriegszielen Deutschlands die Erhebung einer Kriegsentfädigung für die ungeheuren Kosten dieses Krieges in Betracht zu ziehen.

Man weist demgegenüber oft darauf hin, daß eine solche Kriegsentfädigung von den Feinden gar nicht zu leisten wäre. Das ist nach zwei Richtungen hin falsch. Einmal würde, wenn der Feind bei uns im Lande stände, kein Mensch danach fragen, ob wir gegenwärtig in der Lage wären, neben der Tragung der Kriegskosten noch eine Kriegsentfädigung zu leisten, sondern man würde sie uns auf Grund des Rechtes des Siegers aufbürden, auch wenn wir Jahrzehnte oder ein Jahrhundert daran zu tragen hätten. Weiterhin aber geht die von manchen Kreisen vertretene Auffassung, wie wenn der Feind eine solche Kriegsentfädigung nicht tragen könnte, von der irrigen Voraussetzung aus, daß sie in Gold geleistet werden müßte. Demgegenüber hat der Abgeordnete Stresemann gerade bei der Erörterung dieser Frage betont, daß eine solche Entfädigung auch in Abtretung von volkswirtschaftlichen Werten und von Land gesunden werden könnte. Gerade unter dem Gesichtspunkt der großen Belastung der heutigen und künftigen Generationen durch die Übernahme der gesamten Kriegskosten gewinnt die Frage des Erzbenedens von Brich und die Frage

der Gewinnung von Rußland besondere Bedeutung. Die erstere würde eine Achillesferse unserer Volkswirtschaft beseitigen, indem sie uns Rohstoffe zuführte, die uns bisher zur Versorgung unserer verarbeitenden Industrie fehlten und sie würde, als Reichsmonopol betrieben, in ihren Ueberschüssen einen wertvollen Zuschuß zu den Reichsausgaben geben und dadurch die Lasten, die auf uns lagern, herabzumindern instande sein. Rußland andererseits würde in einem zarischen Dominialland entweder gewaltige Strecken für die Ansiedelung deutscher Kriegsveteranen oder gewaltige Strecken für neuen Reichsdamänenbesitz schaffen und auch auf diese Weise Ausgaben vermindern oder Einnahmen vermehrend wirken.

Es ist deshalb nicht zu verstehen, weshalb eine ärgerliche Mißstimmung in vielen Organen der Presse darüber zum Ausdruck kommt, daß bekannte Abgeordnete auf die finanziellen Schwierigkeiten hinweisen, die uns bevorstehen könnten, wenn wir im Namen des deutschen Volkes Milliarden glauben verschleudern zu können, indem wir den Grundsatz: „Jeder trage seine eigene Last“ aufstellen oder stillschweigend billigen. Die Aufgeschrecktheit der öffentlichen Meinung ist der beste Beweis dafür, daß man sich vielfach über die Folgen eines ohne Kriegsentfädigung verlaufenden Krieges noch nicht klar geworden ist, und es wird das Verdienst des Hinweisers auf diese Tatsachen sein, daß die Frage der Erringung einer Kriegsentfädigung nicht wieder aus der Debatte verschwindet. Die Sozialdemokratie, zu deren Programm es ja wohl gehören würde, die Kriegskosten überhaupt durch eine Konfiskation des Kapitals zu begleichen, braucht allerdings in dem Gesichtspunkte: „Jeder trage seine eigene Last“ nichts Bedenkliches zu finden, für das deutsche Volk aber, das unter einer zusammenbrüchlichen Schwächung seiner kapitalistischen Kräfte selbst leiden würde, liegen die Dinge ganz anders. Die Freigabe der Debatte über die Kriegsziele der deutschen finanziellen Sicherung, das zugleich Untergrund der deutschen volkswirtschaftlichen Sicherung für die Zukunft ist, nie wieder aus den Augen zu verlieren.